

wäre ohne Zweifel zu einem äußerst erbitterten Kampfe gekommen, wenn nicht kurz vorher der serbische Generalstab auf Pariser Ausuchen hin die dringende Anweisung gegeben hätte, auf keinen Fall eine feindliche Aktion zu beobachten, selbst dann nicht, wenn sie in serbischem Gebiet eindringe. Die serbischen Offiziere forderten dagegen die Bulgaren auf, das betroffene Gebiet sofort wieder zu verlassen, doch haben sich die bulgarischen Führer bisher nicht an die Auflösung gekümmert. Sie sind vielmehr dabei, ihre Stellung zu befestigen. In der letzten Zeit wurde übrigens verschiedene Male der Pregelny-Fluß, der eine natürliche Grenze zwischen Bulgarien und Serbien an dieser Stelle bildet, von bulgarischen Patrouillen überquert.

Zur bulgarischen Kabinettokrize.

Auch nach einer Meldung der "Sofia. Korresy" aus Sofia wird das Demissionangebot des Kabinetts Wesslow in erster Linie als Demonstration gegen jene russischen Versuche angesehen, die Bulgarien zu einem teilweisen Nachgeben gegen Serbien bewegen wollen. In unterrichteten Kreisen wird erzählt, daß Reichow dem russischen Gesandten Metladow auf dessen wiederholte Verläufe, ihn den serbischen Bündnern gefügt zu machen, erklärte, er werde seine Antwort am nächsten Tage geben. Hierauf erschien Reichow bei König Ferdinand und bot ihm die Demission an. Reichow schlug die Bildung eines Koalitionsministeriums vor. Reichow wird eventuell die Stellung des Kabinettschofs ohne Vorsteuer erhalten, während Danew Minister des Äußeren werden soll. König Ferdinand hat es selbst übernommen, die Verhandlungen mit den Chefs der Oppositionsparteien zu führen, um eine möglichst rasche Entscheidung herbeizuführen.

Der griechisch-bulgarische Zwist.

Wie der "Matin" aus Sofia meldet, seien hundert Bulgaren, die seinerzeit in Mazedonien gegen die Türken kämpften, von den Griechen verhaftet und zu Schiff nach Griechenland deportiert worden.

Die neuesten Meldungen lauten:

Eröffnung der Pariser Finanzkonferenz.

Paris. Der Minister des Äußeren Vichon eröffnete heute die Tagung der internationalen Finanzkommission und hielt in seiner Begrüßungsansprache die Delegierten willkommen, denen die republikanische Regierung gern Wohlwollen und Gewähr gewährt. Vichon erinnerte jedoch an das Ziel der Konferenz, die den wirtschaftlichen Interessen, die heute die erste Stelle in den internationalen Beziehungen einnehmen, die ihnen gebührende Aufmerksamkeit und Bedeutung geben und für sie die Lösung finden soll, ohne die es einen dauernden und gedeihlichen Frieden nicht gebe. Der Minister drückte die Hoffnung aus, daß die Verhandlung der Vertreter der Staaten, die soeben den Frieden untersiedeln haben, und der Mächte, deren wirtschaftliche Ausdehnung sich seit langem auf die Türkei und die Balkanländer erstreckt habe, es ermöglichen werde, mithin der die Abtretung vor den erworbenen Rechten, die Aufrechterhaltung der geistlichen Sicherheiten und die materielle Entwicklung der vor kurzem noch in Kämpfe verwandelten Staaten in Einklang zu bringen. Vichon fuhr fort: Wie auch das Schicksal der Waffen sei, immer bringt der Krieg für die Kriegführenden Kosten mit sich, die schwer auf Gegenwart und Zukunft drücken, und jeder Landesvertrag hat verschiedene Verpflichtungen zur Folge, deren Erfüllung sichergestellt werden muß. Die Kosten so viel als möglich zu erleichtern und die Verpflichtungen für die Länder zu sichern, in denen Namen der Frieden geschlossen wurde, ist das weitere Ziel der Aufgabe, die den Beratungen gestellt ist. Vichon schloß, indem er sein festes Vertrauen in den Geiste der Gerechtigkeit, der Vorstellung und der Unparteilichkeit der hervorragenden Mitglieder der Konferenz ausdrückte, die folgenden Erwähnungen erwähnen würden, die eine neue Zeit des Friedens und des Wohlstandes sichern würden.

Paris. Der deutsche Delegierte Gesandter Dreiherr v. d. Lancken-Wakenitz sprach auf der Konferenz im Namen seiner Kollegen dem Minister Vichon herzlichen Dank für seinen so wohlvollenden und lebenswürdigen Empfang aus und bat ihn, dem Präsidenten Poincaré die erreichbaren Grüße zu übermitteln. Der Gesandte räumte die traditionelle Wohlwollen des schönen Frankreichs für internationale Kämpfe, die sich mit Werken des Friedens und der Zivilisation befassen, und sprach die Hoffnung auf völlig zufriedenstellende Ergebnisse der Konferenz dank der Unterstützung durch die hervorragenden Männer, deren tüchtiges Sachverständnis Minister Vichon erfreut habe, aus. Der Redner hält als Ehrenpräsidenten Minister Vichon und als geschäftsführenden Präsidenten den ersten Delegierten Frankreichs, den Vice-präsidenten des Staatsrates Marguerie, vor.

Paris. Der ottomatische Delegierte Nail Bei sprach seinen Dank aus für die von Vichon ausgedrückten Gefühle des Wohlwollens und der Willigkeit und fuhr fort: Mir zweifeln nicht, daß auch die Abendländer der Großecke von denselben Gefühlen beeindruckt seien. Die Türkei habe auch in den schweren Augenblicken des Krieges darauf gehalten, allen Verpflichtungen treu zu bleiben und gerechtsam erworbene Rechte zu achten. Er sei vollkommen überzeugt, daß die Beschlüsse der Konferenz in Übereinstimmung mit den Regelungen des Völkerrechts alle in Frage stehenden Rechte achten würden. Nail Bei fügte hinzu: Unsere Regierung ist auch überzeugt, daß der Weltmarkt auf den größten Teil ihres europäischen Bezirks als äußerste Grenze ihrer Güter angesehen werden wird. Die Türkei, die einer islamischen Kultur unterworfen war, ihr manchmal entzogen, unter den Staaten ein Leben zu führen, das ihrer Weisheit würdig und kostbar ist, ihre friedliche Entwicklung zu fördern. Sie ist gewiß bei den Großmächten wohlvollende Hilfe zu finden. Der Redner schloß sich dem Wunsche an, Vichon zum Ehrenpräsidenten und Marguerie zum Präsidenten zu ernennen. Die Kommission beschloß, ihre erste Sitzung am Montag, den 9. Juni, 10 Uhr vormittags, abzuhalten.

Paris. Nach Schluß der ersten Sitzung der Finanzkonferenz veranstaltete der Minister des Äußeren, Vichon, ein Kruftstück von 75 Gedanken zu Ehren der ausländischen Delegierten.

Drahtmeldungen

vom 4. Juni

Der Kaiser in Geldern.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Geldern. Als die Halle stellte, präsentierte die Ehrenkompanie vor dem Kaiser. Graf vor und zu Hoensbroek brachte das Kaiserbuch aus, die Musik spielte die Nationalhymne, Bürgermeister eröffneten. 2000 Freiwilligen slogen auf. Unter weiteren Gelägen des Männerchores beschwerte der Kaiser das Denkmal mit Professor Schaper und stellte sodann Gericke ab, wobei er besonders den General v. Einem, die Mitglieder des Landadels und Offiziere ins Gespräch zog. Dann nahm der Kaiser den Befehlsmarsch der Ehrenkompanie ab und schritt die Fronten der Veteranen unter dem Jubel des Publikums ab, wobei er insbesondere die Mitter des Ehrenkreises durch Ansprachen auszeichnete. Hierauf betrat der Kaiser das Rathaus, wo er im Rathausaal von den Vertretern der Stadt erwartet wurde. Drei junge Mädchen aus Gel-

dern im Hofsitz der Königin sollte überbrachten dem Kaiser den Ehrentun in einem alten über vergoldeten Pokal. Der Bürgermeister von Geldern sprach dann nochmals den Dank der Stadt Geldern aus. Der Kaiser erwiderte kurz in bester Stimmung, indem er der Stadt Geldern alles Gute wünsche. Er bemerkte u. a., daß, wenn, wie er hoffe, die Wehrvölker durchgängig, sich für Geldern wohl werde eine Garantie erbringen lassen. Der Bürgermeister brachte mit den Stadtverordneten ein Hoch auf den Kaiser aus. Das vierjährige Töchterchen des Bürgermeisters sang ein Gedicht auf. Der Kaiser war sehr erfreut und gerührzt, führte das Kind und nahm eine goldene Erinnerungsmedaille entgegen, die sein Bild zusammen mit dem letzten Herzog von Geldern, Karl Egmont, zeigt. Der Kaiser trug das Goldene Buch der Stadt ein und besichtigte das Rathaus, das mit vielen schönen alten Gemälden geschmückt ist. Anschein zeigte sich der Kaiser auf dem Balkon unter dem Durra der Menge und verabschiedete sich auf das freundliche.

Geldern. Der Kaiser begab sich um 12 Uhr 30 Min. im Automobil nach dem Schloß Haag, wo er das Frühstück beim Grafen von und zu Hoensbroek einnahm, an dem u. a. auch die holländischen Herren teilnahmen. Der Kaiser trug Dienstanzug des 1. Garde-Regiments zu Fuß mit dem Untersturmfahnenstabe. Nach dem Frühstück im Schloß Haag kehrte der Kaiser im Automobil nach Geldern zurück und durchfuhr die Stadt unter den erneuten Rufen des Publikums. Die Abreise erfolgte um 2 Uhr 45 Min. nach Station Bildpark.

Die Budgetkommission über den Wehrbeitrag.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstages lehnte heute die Beratung des Geschenktwurts betr. den Wehrbeitrag ab § 11 (Weitragpflichtige Personen) fort und beriet zunächst den Entwurf antrag, den Angehörigen außerordentlicher Staaten, die sich im Deutschen Reiche andauernd des Erwerbs wegen aufzuhalten, diejenigen Ausländer in Haup auf

Weitragpflicht gleichzustellen, die im Deutschen Reich seit länger als zwölf Monaten ihren Wohnsitz haben. Ein national-liberaler Redner äußerte hiergegen Bedenken. Ebensowenig Sympathie brachte er einem konservativen Antrag entgegen, der von den weitragpflichtigen Angehörigen des Deutschen Reiches diejenigen ausnehmen will, die sich länger als zwei Jahre (die Vorlage bestimmt ein Jahr) dauernd im Auslande aufzuhalten, ohne einen Wohnsitz in einem Bundesstaate zu haben, sowie einem sozialdemokratischen Antrag, der sich im Deutschen Reich dauernd des Erwerbs wegen aufzuhalten. Schließlich wurde unter Ablehnung der übrigen Anträge § 11 der Regierungsvorlage mit dem konservativen Abänderungsantrag angenommen, der von der Weitragpflicht die länger als zwei Jahre abwesenden Reichsbürgern ohne deutsches Wohnsitz ausnehmen will. Hierauf begründete ein Sozialdemokrat den Antrag auf

Heranziehung der toten Hand.

Ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung befürwortete den Antrag und bestätigte, daß es sich — jedenfalls bei der evangelischen Kirche nicht — um Hunderte von Millionen handelt. Reichskanzlerkretär Kuhn erklärte, im Interesse der praktischen und schnellen Arbeit empfiehlt sich die Besteuerung der toten Hand nicht, da man viele Annahmen machen müsse. Ein Zentrum redner fragte angeklagt, der Besteuerung religiösen Sinnes, warum nicht die Sozialdemokratie das Vermögen der Weitragenden von 60 Millionen besteuern wolle. Ein Fortschrittkritiker meinte, bei der Besteuerung der Alttengesellschaften würde man es draußen nicht verfehlen, wenn das Vermögen der toten Hand frei bliebe. Der Reichskanzlerkretär wies erneut auf die zwecklose Förderung der Frage hin. Schließlich wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittkritiker abgelehnt.

Die Höhe der freiwilligen Wehrbeiträge.

Berlin. Die "Nordde. Allg. Zeit." schreibt: Vor einiger Zeit haben wir mitgeteilt, daß eine große Anzahl deutscher Staatsbürger, die eine Ehre darin sehen, für das Vaterland freiwillig Opfer zu bringen, namhafte Beträge als freiwilligen Wehrbeitrag an die Reichskanzlei eingebracht haben. Solche freiwilligen Spenden laufen noch immer ein und haben bereits eine ansehnliche Höhe erreicht. Insgesamt sind bisher an freiwilligen Wehrbeiträgen bei der Reichskanzlei 388.565 Mk. eingegangen.

Die Steuerbelastung im Deutschen Reich.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf einen Antrag der konserватiven Partei ist der Budget-Kommission eine Zusammenstellung von Materialien zur Begründung der Entwürfe von Gesetzen über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und betreffend Änderungen im Finanzwesen überreicht worden. Der erste Abschnitt dieser Dokumentation gibt eine ausführliche Darstellung der staatlichen Einkommens- und Vermögensbesteuerung in den deutschen Bundesstaaten und in einem Anhang eine zusammenfassende Übersicht über die direkte Staatssteuer der Bundesstaaten neben den Extragen nach den Voranschlägen für 1912/13. Die gesamte Steuerbelastung beträgt danach im Reiche 1705 Millionen Mark, d. i. 41,9% aller Steuern. Die Staatssteuern machen bei einer Höhe von 993 Millionen Mark 28,4% der gesamten Einnahmen aus und belaufen den Kopf der Bevölkerung mit 15,8 Mark. Der Beitrag aller Gemeindesteuern (1878 Millionen Mark) umfaßt 35,9%, also rechtlich ein Drittel aller Steuereinnahmen, und belaft jeden Einwohner mit 21,2 Mark. Insgesamt erreicht die Steuerbelastung in Deutschland die Höhe von 4079,6 Millionen Mark, was eine Belastung von 62,75 Mark auf den Kopf der Bevölkerung bedeutet.

Einberufung des preußischen Landtags.

Berlin. Der "Reichsanz." veröffentlicht die königliche Verordnung, durch die beide Häuser des Landtags auf den 12. Juni d. J. einberufen werden.

Zum Ergebnis der preußischen Landtagswahlen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zum Ergebnis der preußischen Landtagswahlen äußert sich die Deutsche Tageszeitung am Schlusse eines Artikels wie folgt: Mit unbedingter Genugtuung werden alle guten Preisen erhalten können, daß das preußische Wahlrecht selbst einem Anstrich der Demokratie im Felde einer freiliegenden sozialdemokratischen Verhinderung unüberwindliche Schranken entgegenstellt. Dem preußischen Wahlrecht ist damit wiederum das beste Zeugnis ausgestellt worden, das es geben kann: Daß es die zuverlässige Schutzwehr der monarchischen Staatsordnung der festste Dammt gegen die rote Flut ist. Unsere Freunde können mit blankem Schild und mit ungebrochener Kraft auch in das neue Abgeordnetenhaus einzutreten als die erfolgreichen Kämpfer für ein starkes, geundes, fruchtbaren Preußen, dessen unverfehlte Erhaltung als Ort monarchischer Ordnung und fester Staatsgeuniform für das ganze Deutsche Reich und Volk notwendiger ist als je.

Das Gehalt der Postgehilfinnen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Für die Gehilfinnen bei der Post hat der Bund Deutscher Frauenvereine eine Petition an den Reichstag gerichtet, in der es u. a. heißt: Das Gehalt der Postgehilfinnen von 750 Mark jährlich kann, da es auch zum Bescheidensten nicht reicht, nicht anders als sozial verhängnisvoll wirken. Der Staat als Arbeitgeber dürfte überhaupt seinen Angestellten keine Gehälter zahlen, die

bei voller Tagesbeschäftigung den Lebensunterhalt nicht decken. Es muß zu wirtschaftlich, sozial und füllig ungehoben folgen müssen, wenn ein voller Betrieb nur so bezahlt wird, daß der Angestellte auf Nebeneinnahmen angewiesen ist. Durch die ungünstige Bezahlung wird auch die Körperpflege ausgeschlossen, die Gesundheit der Frau untergraben und die Frau nicht nur als Beamtin schwanger verbraucht, sondern auch für künftige Aufgaben in der Familie dauernd geschwächt.

Anregungen zu einer deutsch-russischen Fernsprechverbindung. Berlin. (Priv.-Tel.) Die russische Verwaltung des Posts und Telegraphenwesens hat die Anregung zu einer deutsch-russischen Fernsprechverbindung zwischen Rußland und Deutschland gegeben und bereitet die ersten Schritte zur Verwirklichung getan. Eine russische Botschaft vereinigte hat schon 10.000 Rubel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Die erste Verbindung soll zwischen Wien und Odessa ausgedehnt werden, die später bis Petersburg und Moskau ausgedehnt werden soll.

Ein Zwischenfall in der hessischen Zweiten Kammer.

Darmstadt. Die hessische Zweite Kammer nahm heute einstimmig einen Antrag an, die Regierung wolle wegen des Durchbaus der Nebenbahn von Fürth nach Kelheim auf Städtegrenzen eine Vorlage machen, gleichzeitig aber wegen der Übernahme dieser Bahn in die Betriebs- und Finanzgemeinschaft Verhandlungen mit Preußen einleiten. Im Verlaufe der Sitzung kam es zu einem Zusammentreffen zwischen dem Präsidenten und dem Finanzminister. Der Minister verbat sich, vom Präsidenten unterbrochen zu werden; der Präsident jedoch bestand auf seinem Recht, auch einen Regierungsvertreter zu unterbrechen, gab aber zu, daß er nicht das Recht habe, ihm einen Ordnungsruß zu erteilen, was er auch nicht beabsichtigt habe. Die Kammer vertrat sich darauf auf unbestimmte Zeit.

Ein Rücktritt des Grafen von Wedel.

Strasburg. (Priv.-Tel.) Die in der Presse austauchenden Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt des Statthalters Grafen von Wedel sind, wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, völlig unbegründet. Dagegen sei vielleicht nicht ausgeschlossen, daß der Staatssekretär vor von Walach in absehbarer Zeit aus seinem Amt scheide.

Der König von Italien im Lustschiff.

Rom. Der König von Italien besuchte heute vormittag das Flugfeld von Bracciano und machte an Bord des Luftschiffes "Capri" eine Fahrt von 45 Minuten in die Umgebung von Bracciano und wohnte sodann den erfolgreichen Wurfschlüssen bei, die mit Bomben von Luftschiffen aus gemacht wurden. Der König drückte den Offizieren seine lebhafte Begeisterung aus.

Kreispräsident portugiesischer Monarchien.

Lissabon. Das Kriegsgericht hat den Leutnant Allegre und einige andere Angeklagte, darunter zwei Frauen, von der Anklage monarchistischer Verschwörung freigesprochen.

Berlin. (Priv.-Tel.) An der Ecke der Danziger und Pröbstelstraße brach gestern nachmittag ein älterer Mann zusammen und blieb regungslos auf dem Bürgersteig liegen. Ein vorübergehender Arzt, der sich um den Mann bemühte, stellte fest, daß dieser von einem Hieb schlag getroffen worden und bereits tot war. Es handelt sich um den 64 Jahre alten Bäckerjungen Robert Fischer aus Sachsen.

Berlin. Heute sind auf dem Truppenübungsplatz Kreys in Osnabrück vier Männer vom 148. Infanterie-Regiment und ein Mann vom 152. Infanterie-Regiment an Hieb schlag gestorben.

Stuttgart. (Priv.-Tel.) Hinsichtlich der am Sonntag eingetretener Orkanverheiterungen in Plochingen in Württemberg wird von sachverständiger meteorologischer Seite mitgeteilt, daß man an diesem Tage eine der heftigsten Windhosen erlebte, die je auf dem europäischen Kontinent an verzeichnet waren. Der Winddruck wird auf 300–500 Kilogramm pro Quadratmeter geschätzt, eine Zahl, die in der Statistik der Meteorologie einzäufig dasteht.

Joppot. Nachdem bereits vor einigen Tagen die Leiche des Kapitäneleutnants Heinrich vom Flugzeug "Westpreußen" in der See bei Joppot aufgefunden worden war, wurde heute dessen Begleiter, der Matrosenmaat Siegmund, von einem Fischer im See treibend gefunden und geborgen.

Berlin, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Die Südwesafrikansche Bodencredit-Anstalt hat bis jetzt für etwa eine halbe Million Mark Hypothekenelder ausgeliehen. Der Antrag zur Genehmigung zur Ausgabe von Hypothekenabdrucken, die mit 5 % Risiko ausgestattet sein sollen, ist bei den in Betracht kommenden Behörden geheilt worden. Gegenwärtig prüft die Gesellschaft die Frage, ob es sich empfiehlt, auch in Deutschland eine Bodencredit-Anstalt zu errichten. Die Erwägungen sind noch nicht abgeschlossen.

Wien, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Heute ist die Ermäßigung der Stabellenpreise in Kraft getreten, und zwar hier um 75 Heller. Die Börse ist hart erholt auf freundliche Aussichten des Balkonbunds. Die Kurssteigerungen sind beträchtlich.

Bodon, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Die hier abgehaltene Straußfledermaus-Auktion war außerordentlich zahlreich besucht. Die Käufer zeigten sich sehr unternehmungslustig und es wurden höhere Preise wie bei der letzten Auktion bewilligt. Besonders gut sind Blads und Drays verkaufen worden. Soo waren gegen die letzte Auktion kaum verändert. Soo waren außerordentlich hohe Preise, mit Ausnahme von besten weißen Sorten. Spadones gingen nur in kleinen Mengen um, erzielten aber trotzdem gute Preise. Die waren bloß im ganzen Laden 542 Heller unter den Hammer.

New York, 4. Juni. (Priv.-Tel.) Drei amerikanische Farbenfabriken leiteten beim Bundesgericht in Philadelphia Klage an, insgesamt eine halbe Million Dollars Schadensersatz gegen die Farbenfabriken vormals Bayer & Co., sowie die in New York registrierte Farbenfabrik Elbersfeld ein, die in Verlegung des Antitrust-Gesetzes die Farbengeschäfte monopolisiert hätten.

Hamburger Warenküche am 4. Juni. (Mitgeteilt von Eichberg & Co., Hamburg.) Kasse: Schluß 6 Uhr abends: Null 51. September 12½, Dezember 11½, März 11, kaum behauptet. Käfer: Schluß 5,80 Uhr abends: August 9,75, Oktober 9,90, November 9,92, Mai 10,25, behauptet. Käfer: 2,25 Uhr: September 12½, Dezember 13½, Mai 13, behauptet.

Paris. (Produktionsmarkt.) Weizen per Juni 28,40, per September-Dezember 28,80, rubia. — Rübsel per Juni 24,40, per September-Dezember 24,80, rubia. — Hirse per Juni 42,25, per September-Dezember 42,50, rubia.

London. (Müllermarkt